



Niederschrift

zur 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Ausschuss für Jugend und Soziales) der Stadt Lippstadt am 08.03.2017

Sitzungsraum: Sitzungsraum E.08, Ostwall 1, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Hans Zarembo

stellv. Vorsitzender

Herr Josef Franz

CDU-Fraktion

Frau Helga de Horn
Frau Maike Strakerjahn

ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied

SPD-Fraktion

Frau Christine Goussis
Herr Martin Schulz
Frau Susanne Helfrich

ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme
stellv. Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Heinz Gesterkamp

ordentliches Mitglied

BG-Fraktion

Herr Daniel Cramer

stellv. Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Waldemar Domanski

ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme

Fraktionslose

Herr Wilhelm Glarmin
Frau Dorothee Großekathöfer
Frau Marlene Keil
Herr Andreas Knapp
Frau Dr. Lena Immer

ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme
ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme

Herr Christian Laws

Herr Horst Regelmann	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Dr. Olivia Reh	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Wolfram Schlimme	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Manfred Kappe	stellv. Mitglied
Frau Josefa Pieschl	stellv. Mitglied
Herr Michael Hammerschmidt	stellv. Mitglied mit beratender Stimme
Frau Anne Lopez-Ramos	stellv. Mitglied mit beratender Stimme
Frau Patricia Hardeel	sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme

Verwaltung

Herr Manfred Strieth	Fachbereich Familie, Schule und Soziales
Frau Helga Rolf	Fachdienst Jugend und Familie
Frau Christina Wulf	Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe
Herr Tim Linnemann	Schulsozialarbeiter Ostendorf-Gymnasium
Herr Ulrich Schlink	Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe

Gäste

Herr Wulf Klinge	Leiter Polizeiwache Lippstadt
Herr Tobias Hillemeier	Schulsozialarbeiter Drost-Rose-Realschule

In öffentlicher Sitzung

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Zaremba, begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Suchtmittelkonsum und Präventionsmaßnahmen an Schulen 076/2017

Herr Franz hatte in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2017 um eine Berichterstattung zu der o. g. Thematik gebeten.

Herr Klinge, Leiter der Polizeiwache Lippstadt, gab zunächst einen Überblick über die Situation der Drogenkriminalität insbesondere mit Blick auf die illegalen Drogen; bemerkte dazu aber, dass auch legale Drogen immer mit in eine Gesamtbetrachtung einzubeziehen seien. Herr Klinge wies darauf hin, dass die Situation in Lippstadt nicht anders sei als in anderen Regionen, alle Phänomene des Drogenkonsums bzw. der Drogenkriminalität seien auch hier zu verzeichnen. Insoweit sei Lippstadt kein weißer Fleck.

Während Heroin und die Droge Crystal Meth in Lippstadt kaum eine Rolle spielten, sei eher ein Konsum von Cannabis - in der Regel in Form des Mischkonsums mit Amphetaminen - zu verzeichnen. Herr Klinge verdeutlichte hier das besondere Spannungsfeld der gegenläufigen Wirkung beider Drogen, das die Persönlichkeit des Konsumenten stark beeinflusse und Persönlichkeitsveränderungen sowie Psychosen erzeugen könne.

Ca. 12 % der 12- bis 17-Jährigen bzw. sogar 42 % der 18- bis 25-Jährigen kämen in ihrer jeweiligen Altersphase erstmals mit Drogen in Kontakt. Insbesondere seit 2014 sind junge Männer als Erstkonsumenten stärker zu verzeichnen. Gerade im Bereich der jüngeren Jugendlichen sah Herr Klinge die Notwendigkeit eines frühen Ansatzes um Maßnahmen zu ergreifen, die Langzeitschäden verhindern.

Die Zahl dieser Delikte habe sich von 2012 (206 Delikte) bis 2016 auf 350 Delikte erhöht und dies über alle Altersgruppen hinweg. Hierzu machte Herr Klinge allerdings deutlich, dass durch einen in diesem Aufgabenfeld erhöhten Polizeieinsatz einfach mehr Delikte sichtbar würden. Weiterer Aspekt eines verstärkten Ressourceneinsatzes sei zum Beispiel, dass im Jahr 2015 insgesamt 106 Kfz-Fahrer positiv auf Drogen getestet wurden. Dies waren im Jahr 2012 noch 13 Fahrer.

Eine besondere Drogenproblematik an einzelnen Schulen in Lippstadt konnte Herr Klinge nicht benennen.

Zum Bericht von Herrn Klinge ergänzte Frau Rolf, dass im Rahmen der Jugendgerichtshilfe bei der Stadt Lippstadt etwa 50 bis 60 Jugendliche wg. Betäubungsmitteldelikten auffällig seien. Es gebe aber insgesamt eine rückläufige Tendenz an Straftaten. Davon seien etwa 1 bis 2 Fälle pro Jahr dem Handel mit Drogen zuzurechnen, der Rest entfalle auf Konsumenten. In der Regel würden von den Gerichten Sozialstunden verhängt, auch würden alle Jugendlichen verpflichtend an die Drogenberatung verwiesen.

Hierzu ergänzte Frau Lopez-Ramos, dass es in Kooperation mit der Staatsanwaltschaft Paderborn in allen Fällen immer zu einer Anklage komme, wobei schon allein die "erzieherische" Hauptverhandlung Wirkung erzeuge. Hinzu käme allerdings in vielen Fällen auch die sogenannte Beschaffungskriminalität.

Im Anschluss unterrichteten Frau Wulf (Jugend- und Familienbüro der Stadt Lippstadt) sowie die Herren Linnemann (Schulsozialarbeiter am Ostendorf-Gymnasium) und Hillemeier (Schulsozialarbeiter an der Drost-Rose-Realschule) über die von ihnen im Rahmen von Präventionsmaßnahmen an-

gebotenen und veranstalteten Projekte sowie Hilfsangebote und Elternarbeit. Durchgängig gerichtet werde der Fokus bei allen Maßnahmen verstärkt auf das eigene Verhalten von Jugendlichen, wobei dies nicht zwingend immer mit der Thematik Drogen in Verbindung gebracht werde.

Es gehe vielmehr darum, die Persönlichkeitsentwicklung und das Verantwortungsbewusstsein bei den Jugendlichen zu stärken und zu schärfen. Hierzu seien lt. Frau Wulf Projekte wie z. B. der Einsatz von Schülermultiplikatoren oder das Präventionsprogramm „Klasse 2000“ an Grundschulen geeignet.

Die Schulsozialarbeiter Hillemeier und Linnemann erläuterten ihre Präventionsarbeit an den Schulen und die dort bereitgehaltenen bzw. in Kooperation mit anderen Trägern vermittelten Angebote. Es finden unterschiedliche an Jahrgangsstufen orientierte Maßnahmen und Projekte statt, die sowohl in den Schulen selbst als auch extern angeboten werden. Darüber hinaus sei ein wichtiger Aspekt, Eltern im Rahmen ihrer Verantwortung für die Themen „Drogen und Sucht“ zu sensibilisieren. In dieser Hinsicht würden entsprechende Angebote unterbreitet, deren Frequentierung allerdings nicht immer in gewünschtem Umfang erfolge.

Während bzw. im Anschluss an die Ausführungen ergab sich eine ausführliche und intensive Diskussion im Ausschuss. Dabei beantworteten die Vortragenden Fragen von u. a. Herrn Franz, Herrn Gesterkamp, Herrn Cramer, Frau Hardeel, Herrn Glarmin, Frau Helfrich sowie Frau Dr. Immer z. B. zur Situation an den Lippstädter Schulen, zur Beschaffungskriminalität, zu noch nicht der Illegalität zuzurechnenden Drogen sowie Präventionsangeboten, Sensibilisierung der Elternwahrnehmung, etc.

Abschließend bedankte sich Herr Zaremba für die Ausführungen und schloss damit den Tagesordnungspunkt ab.

**3. Stromsperren verhindern
hier: Antrag der Fraktion "DIE LINKE" vom 10.01.2017
050/2017**

Herr Domanski von der Fraktion DIE LINKE erklärte sich mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussfassung einverstanden. Er bat darum, eine Analyse für Lippstadt zu erstellen und zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können.

Dazu erklärte Herr Strieth, das beabsichtigt sei, mit dem Jobcenter und den Stadtwerken ins Gespräch zu kommen und eigene Handlungsschritte zu entwickeln.

Auf Nachfrage von Frau Helfrich nach einer direkten Zahlungsabwicklung durch das Jobcenter an den Stromversorger erklärte Herr Hammerschmidt, dass dies aus seiner Kenntnis kein Problem sei. Es können durchaus ähnlich wie bei Mieten auch Zahlungen unmittelbar an den Energieversorger geleistet werden.

Auf den Einwand von Herrn Franz nach der Finanzierung eines unbegrenzten Stromverbrauches erwiderte Herr Strieth, dass die Stromkosten pauschal im Regelbedarf enthalten sind und es lediglich eine verfahrenstechnische Regelung sei, die Zahlung an eine andere Stelle zu leiten.

Herr Gesterkamp begrüßte die Initiative und regte an, dass den Betroffenen Gespräche und Beratungen mit dem Ziel von Energieeinsparungen vermittelt werden. Man müsse das Thema forcieren u. a. über den Verbraucherschutz und die Energieberatung.

Im Anschluss fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 09.01.2017 wird insoweit zugestimmt als

„die Verwaltung der Stadt Lippstadt beauftragt wird, gemeinsam mit den Stadtwerken Lippstadt als Energie-Grundversorger, dem Fachbereich 5 (Familie, Schule und Soziales) und dem örtlichen Jobcenter Arbeit Hellweg Aktiv (AHA) als Sozialleistungsträger eine Verfahrensregelung zur Vermeidung von Stromsperrern zu erarbeiten.“

Dem weitergehenden Antrag der Fraktion DIE LINKE, wonach

„Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger vom Sozialamt bzw. Jobcenter künftig eine freiwillige Einwilligungserklärung vorgelegt werden soll, die einen Datenaustausch zwischen dem Energie- bzw. Grundversorger und dem Sozialamt bzw. Jobcenter erlaubt. So kann der Stromversorger das Sozialamt bzw. Jobcenter informieren, wenn eine Stromsperre droht und gemeinsam mit diesem eine Regelung über den Abtrag des Zahlungsrückstands erarbeiten.“

wird nicht entsprochen.

(Einstimmig zugestimmt)

4. Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Von-Are-Straße

074/2017

Herr Strieth erinnerte an das bisherige Beschlussverfahren für die Kita und erläuterte anhand der als Anlage 1 beigefügten Präsentation den aktuellen Sachstand. Hintergrund für die eingetretenen Verzögerungen sei eine notwendig gewordene Überarbeitung des Bebauungsplans. Inzwischen liegt die Baugenehmigung vor. Mit den vorbereitenden Arbeiten für die Erstellung der Bodenplatte sei begonnen, unmittelbar nach deren Fertigstellung könne mit dem Beginn des Rohbaus fortgefahren werden.

Sicher sei aber bereits jetzt, dass die Kindertageseinrichtung nicht wie geplant zum 01.08.2017 fertiggestellt bzw. bezugsfertig sei, so dass eine Übergangsregelung in Abstimmung mit der Arbeiterwohlfahrt geplant ist. Diese Übergangsregelung wird in Bad Waldliesborn in den Räumen der ehemaligen In-

ternational Business School (IBS) vorgehalten. Das Gebäude steht seit Juni 2016 leer, bietet ausreichend Räumlichkeiten und steht für eine Nutzung durch die Stadt Lippstadt zur Verfügung. Vorgesehen sei diese Übergangsregelung für einige Wochen bis zur Fertigstellung der Kindertageseinrichtung. Die Eltern wurden bereits informiert.

Abschließend verwies Herr Strieth auf entstandene zusätzliche, nicht eingeplante Kosten für die Herrichtung des Grundstückes in Höhe von etwa 85.000 €, die durch eine Aufschotterung des Geländes sowie die Beseitigung von Bauschutt entstanden seien. Was die Gesamtfinanzierung des Gebäudes betrifft, sei abzuwarten, ob dieser entstandene Mehrbedarf bei den weiteren Gewerken für den Neubau aufgefangen werden könne.

5. Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2017 für die Tageseinrichtungen für Kinder in Lippstadt
hier: Festlegung der Zahl der Plätze und Betreuungszeiten in den Tageseinrichtungen für Kinder im Rahmen der städtischen Jugendhilfeplanung für die Zeit vom 01.08.2017 - 31.07.2018

071/2017

Herr Strieth erläuterte die Entwicklung der Kinderzahlen und verwies auf einen permanenten Anstieg der Kinderzahlen im Bereich der Altersgruppen von 0 bis unter 6 Jahren. Für 2017/2018 werde mit einer Zahl von 2.444 Kindertagesbetreuungsplätzen kalkuliert (s. Anlage 2). Dies sei derzeit der bisher höchste Wert in der Stadt Lippstadt, wobei allerdings berücksichtigt werden müsse, dass seit dem Jahr 2013 auch ein Rechtsanspruch für u3-Kinder bestehe.

Herr Strieth erläuterte ferner die Versorgungsquoten, die im Bereich ü3-Kinder bei 99 % und im Bereich u3-Kinder bei 39,5 % liegen.

Bereits mit Blick auf die Planung für das übernächste Kita-Jahr 2018/2019 verwies Herr Strieth auf 50 provisorische Kita-Plätze mit Sondergenehmigungen. Diese zusätzlichen Plätze werden laut Landesjugendamt letztmalig für das Kita-Jahr 2017/2018 genehmigt.

Dies bedeute, dass bei gleichbleibenden Kinderzahlen im Kita-Jahr 2018/2019 etwa 50 Plätze zusätzlich benötigt würden. Des Weiteren sei zu berücksichtigen, dass der derzeit geburtenschwache Jahrgang der 4 bis 5-Jährigen in zwei Jahren im schulpflichtigen Alter sei. Wenn sich die Geburtenentwicklung der letzten Jahre fortsetze, entstünde im Kita-Jahr 2019/2020 ein weiteres Defizit von möglicherweise nochmals 50 Plätzen. Die Verwaltung werde die Kinderzahl und Geburtenentwicklung kontinuierlich beobachten und zu gegebener Zeit nach Lösungen suchen.

Im Anschluss fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

- "1. Den in der beigefügten Anlage festgelegten Plätzen und Betreuungszeiten je Kindertageseinrichtung in Lippstadt für die Zeit vom 01.08.2017 bis 31.07.2018 wird zugestimmt.

2. Die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass
 - das Land Nordrhein-Westfalen/das Landesjugendamt für die eingeplanten Plätze entsprechende Landesfördermittel bereitstellt,
 - eventuell erforderliche Änderungen der Betriebserlaubnisse vom Landesjugendamt für die jeweiligen Kindertageseinrichtungen erteilt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bei nachträglichen Veränderungen und zusätzlichen Nachfragen nach Betreuungsplätzen für Kinder (z. B. aufgrund eines Zuzugs, Wegzugs, Betreuungsbedarfs aufgrund Arbeitsaufnahme) die erforderlichen Änderungen der Bedarfsplanung vorzunehmen bzw. die Bedarfsplanung anzupassen."

(Einstimmig zugestimmt)

6. Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2017 für die Kindertagespflege in Lippstadt

hier: Festlegung der Zahl von Plätzen für Kinder bis zum Schuleintritt im Rahmen der städtischen Jugendhilfeplanung für die Zeit vom 01.08.2017 bis 31.07.2018

039/2017

Herr Strieth dankte dem Sozialdienst kath. Frauen e. V. Lippstadt, der die Gewinnung und Begleitung der Tagespflegepersonen übernimmt, so dass es möglich sei, ein gutes Angebot vorzuhalten. Für 2017/2018 steht eine nochmals erhöhte Zahl an Betreuungsplätzen in Tagespflege von 170 zur Verfügung.

Im Anschluss fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

- "1. Im Rahmen der Jugendhilfeplanung für die Zeit vom 01.08.2017 bis 31.07.2018 wird die Förderung von insgesamt 170 Plätzen in Tagespflege für Kinder bis zum Schuleintritt beim Land Nordrhein-Westfalen bzw. beim Landesjugendamt beantragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei nachträglichen Veränderungen und zusätzlichen Nachfragen nach Betreuungsplätzen für Kinder (z. B. aufgrund eines Zuzugs, Wegzugs, Betreuungsbedarfs aufgrund Arbeitsaufnahme, Betreuungsbedarf für ein Kind mit einer Behinderung) die erforderlichen Änderungen der Bedarfsplanung vorzunehmen."

(Einstimmig zugestimmt)

7. Offene Ganztagschule im Primarbereich (OGS)
hier: Erweiterung des Angebotes ab dem Schuljahr 2017/2018
067/2017

Herr Strieth erläuterte die Vorlage. Er verwies dazu auf den schwierigen Übergang von der Betreuung in Kindertageseinrichtungen zu den schulischen Betreuungsangeboten. Kinder hätten einen Anspruch auf einen Platz in der Schule, nicht aber auf eine OGS-Betreuung.

Einem Auftrag aus dem Haupt- und Finanzausschuss folgend erläuterte Herr Strieth anhand der als Anlage 3 beigefügten Übersicht die Entwicklung der bisherigen Anstrengungen der Stadt Lippstadt zum Ausbau der schulischen Betreuungsangebote.

Im Anschluss daran beantwortete Herr Strieth Fragen von Herrn Gesterkamp und Frau Dr. Immer zur Auskömmlichkeit von Mitteln für die Sachausstattung in der OGS sowie zur fehlenden Ferienbetreuung in der Schule von 8-1.

Abschließend fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Das Angebot der Offenen Ganztagschule im Primarbereich wird, unter der Voraussetzung der notwendigen Zahl verbindlicher Anmeldungen, wie folgt erweitert:

1. Einrichtung einer dritten Betreuungsgruppe an der Friedrichschule,
2. Einrichtung einer zweiten Betreuungsgruppe an der Martinschule in Cappel.“

(Einstimmig zugestimmt)

8. Änderung der Richtlinien der Stadt Lippstadt über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege gemäß § 23 Sozialgesetzbuch VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz - i. V. m. § 4 Kinderbildungsgesetz (KiBiz)
068/2017

Mit der geplanten Änderung der Richtlinien gehe - so Herr Strieth - eine Leistungsverbesserung einher, die geknüpft sei an eine zusätzliche Qualifizierung der Tagespflegepersonen, insbesondere im Hinblick auf die qualitative Gleichwertigkeit zur Kindertagesbetreuung in Einrichtungen. Im Übrigen verwies Herr Strieth auf die ausführlichen Darstellungen in der Vorlage.

Im Anschluss fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

- "1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Änderung der Richtlinien der Stadt Lippstadt über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege gemäß § 23 Sozialgesetzbuch VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz - i. V. m. § 4 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zu.

2. Die Richtlinien treten zum 01.08.2017 in Kraft."

(Einstimmig zugestimmt)

9. Asylbewerber und Flüchtlinge

073/2017

Auf die erst in der Sitzung im Januar 2017 getätigten Ausführungen verweisend erklärte Herr Strieth, dass seither keine neuen Flüchtlinge nach Lippstadt gekommen seien. Erwartet würden ab April 2017 ca. 100 neue Personen, die allerdings bereits einen anerkannten Flüchtlingsstatus hätten.

Herr Gesterkamp fragte nach der Zahl der geplanten Abschiebungen in den Monaten März und April 2017 nach Afghanistan. Er berief sich dabei auf die aktuelle Verfahrensweise des Landes. Des Weiteren stellte er die Frage, wie viele der Flüchtlinge seit 2015 in Praktika oder in Arbeit vermittelt werden konnten.

Auf letztere Frage erwiderte Herr Hammerschmidt, dass nach seiner Kenntnis ca. 80 bis 100 Personen in Arbeit vermittelt worden seien. Was Praktikantenstellen betreffe, lägen ihm hierüber keine Informationen vor. Ergänzend verwies Herr Strieth darauf, dass aktuell 19 Integrationskurse für zugewanderte Menschen in Lippstadt stattfinden würden, dazu kommen 4 Einstiegskurse „Deutsch“ sowie 5 Sprachförderklassen am Hanse-Kolleg.

10. Verschiedenes

Herr Strieth informierte, dass die geforderte Vorstellung des Angebotes der Ehe- und Familienberatungsstelle für die nächste Sitzung vorgesehen sei.

Der Vorsitzende, Herr Zarembo, beendete die Sitzung um 19:50 Uhr.

gez. Hans Zarembo
Vorsitzender

gez. Ulrich Schlink
Schriftführer